

Kassel documenta Stadt
Stadtverordnetenversammlung
Eingabeausschuss

Geschäftsstelle:
Büro der
Stadtverordnetenversammlung
Cenk Yildiz
cenk.yildiz@kassel.de
Telefon 0561 787 1225
Fax 0561 787 2182

Rathaus
Obere Königstraße 8
34117 Kassel
W 224a

Behördennummer 115
Rechtshinweise
zur elektronischen
Kommunikation
im Impressum unter
www.kassel.de

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Eingabeausschusses
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Kassel documenta Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren,

4. März 2014
1 von 1

zur **8.** öffentlichen Sitzung des Eingabeausschusses lade ich ein für

**Dienstag, 11. März 2014, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

- 1. Unterbringung von Asylsuchenden in sogenannten Wohncontainer-Anlagen**
Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung
- 101.17.1180 -
- 2. Unterbringung von Asylsuchenden in oder neben Industrie- und Gewerbegebieten**
Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung
- 101.17.1181 -
- 3. Dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden**
Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung
- 101.17.1182 -

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Günther Schnell
Vorsitzender

Niederschrift

über die 8. öffentliche Sitzung
des Eingabeausschusses
am **Dienstag, 11. März 2014, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

24. März 2014

1 von 6

Anwesende:

Mitglieder

Dr. Günther Schnell, Vorsitzender, SPD
Joachim Schleißing, 1. stellvertretender Vorsitzender, B90/Grüne
Georg Lewandowski, 2. stellvertretender Vorsitzender, CDU
Gabriele Jakat, Mitglied, SPD
Heidemarie Reimann, Mitglied, SPD
Monika Sprafke, Mitglied, SPD (Vertretung für Volker Zeidler)
Norbert Sprafke, Mitglied, SPD
Jürgen Blutte, Mitglied, B90/Grüne
Birgit Hengesbach-Knoop, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Karl Schöberl)
Boris Mijatovic, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Dorothee Köpp)
Jutta Schwalm, Mitglied, CDU
Renate Gaß, Mitglied, Kasseler Linke
Donald Strube, Mitglied, parteilos
Bernd Wolfgang Häfner, Mitglied, FREIE WÄHLER

Teilnehmer mit beratender Stimme

Jörg-Peter Bayer, Stadtverordneter, Piraten
Luigi Zisa, Vertreter des Ausländerbeirates
Kristina Quanz, Vertreterin des Behindertenbeirates

Magistrat

Dr. Jürgen Barthel, Stadtkämmerer, SPD

Schriftführung

Edith Schneider, Büro der Stadtverordnetenversammlung
Cenk Yildiz, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Eva Kühne-Hörmann, Staatsministerin, Mitglied, CDU

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Ute Pähns, Sozialamt
Thomas Aleschewsky, Eingabesteller

Tagesordnung:

2 von 6

- | | |
|--|-------------|
| 1. Unterbringung von Asylsuchenden in sogenannten Wohncontainer-Anlagen | 101.17.1180 |
| 2. Unterbringung von Asylsuchenden in oder neben Industrie- und Gewerbegebieten | 101.17.1181 |
| 3. Dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden | 101.17.1182 |

Vorsitzender Dr. Schnell eröffnet die mit der Einladung vom 4. März 2014 ordnungsgemäß einberufene 8. öffentliche Sitzung des Eingabeausschusses, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Den Ausschussmitgliedern liegt ein Schreiben des Eingabestellers betr. Antrag zur heutigen Sitzung des Eingabeausschusses, betr. TOP 1-3, mit der Bitte um Beratung und Beschlussfassung vor Aufruf des heutigen TOP 1, vor. Es wird eine kurze Lesezeit eingelegt.

Im Anschluss stellt Stadtverordneter Bayer, Piraten, den Geschäftsordnungsantrag, die Tagesordnungspunkte

1. **Unterbringung von Asylsuchenden in sogenannten Wohncontainer-Anlagen**
Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung
- 101.17.1180 - ,
 2. **Unterbringung von Asylsuchenden in oder neben Industrie- und Gewerbegebieten**
Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung
- 101.17.1181 -
- und
3. **Dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden**
Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung
- 101.17.1182 -

in die jeweiligen Fachausschüsse zu überweisen.

Stadtverordneter Mijatovic, Fraktion B90/Grüne, spricht sich dagegen aus.

Der Eingabeausschuss fasst bei:

Zustimmung: --

Ablehnung: einstimmig

Enthaltung: Kasseler Linke

den

Beschluss

Der Geschäftsordnungsantrag des Stadtverordneten Bayer, Piraten, die Bürgereingaben 1 bis 3, in die jeweiligen Fachausschüsse zu überweisen, wird **abgelehnt**.

Vorsitzender Dr. Schnell stellt die Tagesordnung fest.

1. Unterbringung von Asylsuchenden in sogenannten Wohncontainer-Anlagen
Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung
- 101.17.1180 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich ausdrücklich gegen die Unterbringung von Asylsuchenden in sogenannten Wohncontainer-Anlagen (bauliche Zusammenstellungen einzelner Wohncontainer-Module zu Gebäudeeinheiten) aus.

Der Magistrat wird aufgefordert, Asylsuchende grundsätzlich nicht anzuweisen, sich in sogenannte Wohncontainer-Anlagen beherbergen zu lassen.

Der Magistrat wird aufgefordert, sogenannte Wohncontainer-Anlagen zur Unterbringung von Asylsuchenden weder zu errichten noch errichten zu lassen.

Der Magistrat wird aufgefordert, das Betreiben von Gemeinschaftsunterkünften zur Unterbringung von Asylsuchenden in der Gestalt sogenannter Wohncontainer-Anlagen weder durchzuführen noch zu genehmigen.

Herr Aleschewsky begründet die Bürgereingabe und redet nach der Aussprache ein kurzes Schlusswort. Stadtkämmerer Dr. Barthel verweist auf die mit der Einladung versandte Stellungnahme und beantwortet gemeinsam mit Frau Pähns, Leiterin Sozialamt, die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Eingabeausschuss fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP
Enthaltung: Demokratie erneuern/Freie Wähler
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bürgereingabe betr. Unterbringung von Asylsuchenden in sogenannten Wohncontainer-Anlagen, 101.17.1180, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Sprafke

2. Unterbringung von Asylsuchenden in oder neben Industrie- und Gewerbegebieten 4 von 6
Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung
- 101.17.1181 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich ausdrücklich gegen die Unterbringung von Asylsuchenden in Industrie- und Gewerbegebieten oder unmittelbar angrenzend an Industrie- und Gewerbegebieten aus.

Der Magistrat wird aufgefordert, Asylsuchende grundsätzlich nicht anzuweisen, sich in Gebäuden in oder neben Industrie- und Gewerbegebieten beherbergen zu lassen.

Der Magistrat wird aufgefordert, in oder neben Industrie- und Gewerbegebieten Gemeinschaftsunterkünfte zur Unterbringung von Asylsuchenden weder zu errichten noch errichten zu lassen.

Der Magistrat wird aufgefordert, das Betreiben von Gemeinschaftsunterkünften zur Unterbringung von Asylsuchenden in oder neben Industrie- und Gewerbegebieten weder durchzuführen noch zu genehmigen.

Die Bürgereingabe wird vom Eingabesteller Herrn Aleschewsky begründet. Nach der Aussprache spricht er ein kurzes Schlusswort. Die sich anschließenden Nachfragen werden von Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet.

Der Eingabeausschuss fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bürgereingabe betr. Unterbringung von Asylsuchenden in oder neben Industrie- und Gewerbegebieten, 101.17.1181, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Blutte

3. Dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden

5 von 6

Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung
- 101.17.1182 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich ausdrücklich für eine dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden, verteilt über das Stadtgebiet, aus.

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich ausdrücklich dafür aus, Asylsuchende generell in Wohnungen unterzubringen.

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich gegen die Schaffung weiterer großer Gemeinschaftsunterkünfte – mit mehr als 40 Asylsuchenden pro Standort – aus.

Der Magistrat wird aufgefordert, große Gemeinschaftsunterkünfte – mit mehr als 40 Asylsuchenden pro Standort – weder zu errichten noch errichten zu lassen.

Der Magistrat wird aufgefordert, das Betreiben von großen Gemeinschaftsunterkünften – mit mehr als 40 Asylsuchenden pro Standort – weder durchzuführen noch auszuschreiben und auch nicht zu genehmigen.

Der Magistrat wird aufgefordert, bestehende Verträge mit Dritten zum Betreiben von großen Gemeinschaftsunterkünften – mit mehr als 40 Asylsuchenden pro Standort – weder zu verlängern noch neu auszuschreiben.

Der Magistrat wird aufgefordert, Asylsuchende dezentral, verteilt über das Stadtgebiet, sowie generell in Wohnungen unterzubringen.

Herr Aleschewsky begründet die Bürgereingabe. Im Rahmen einer Diskussion ändert Herr Aleschewsky die Bürgereingabe folgt ab und streicht die Absätze drei bis sieben.

• Geänderter Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich ausdrücklich für eine dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden, verteilt über das Stadtgebiet, aus.

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich ausdrücklich dafür aus, Asylsuchende generell in Wohnungen unterzubringen.

Nach der Aussprache spricht Herr Aleschewsky ein Schlusswort.

Der Eingabeausschuss fasst bei

6 von 6

Zustimmung: Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bürgereingabe betr. Dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden, 101.17.1182, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Schwalm

Ende der Sitzung: 18:04 Uhr

Dr. Günther Schnell
Vorsitzender

Cenk Yildiz
Schriftführer

Vorlage Nr. 101.17.1180

19. Dezember 2013
1 von 1

Unterbringung von Asylsuchenden in sogenannten Wohncontainer-Anlagen

Antrag

zur Überweisung in den Eingabeausschuss

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich ausdrücklich gegen die Unterbringung von Asylsuchenden in sogenannten Wohncontainer-Anlagen (bauliche Zusammenstellungen einzelner Wohncontainer-Module zu Gebäudeeinheiten) aus.

Der Magistrat wird aufgefordert, Asylsuchende grundsätzlich nicht anzuweisen, sich in sogenannte Wohncontainer-Anlagen beherbergen zu lassen.

Der Magistrat wird aufgefordert, sogenannte Wohncontainer-Anlagen zur Unterbringung von Asylsuchenden weder zu errichten noch errichten zu lassen.

Der Magistrat wird aufgefordert, das Betreiben von Gemeinschaftsunterkünften zur Unterbringung von Asylsuchenden in der Gestalt sogenannter Wohncontainer-Anlagen weder durchzuführen noch zu genehmigen.

Begründung:

Berichterstatter/-in:

Vorlage Nr. 101.17. **1180**

Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Kassel
Rathaus
34112 Kassel



Thomas Aleschewsky
Wimmelstr. 1
34125 Kassel

19.12.2013

Bürgereingabe nach § 20a GO der Stadtverordnetenversammlung

Unterbringung von Asylsuchenden in sog. Wohncontainer-Anlagen

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich ausdrücklich gegen die Unterbringung von Asylsuchenden in sog. Wohncontainer-Anlagen (bauliche Zusammenstellungen einzelner Wohncontainer-Module zu Gebäudeeinheiten) aus.

Der Magistrat wird aufgefordert, Asylsuchende grundsätzlich nicht anzuweisen, sich in sog. Wohncontainer-Anlagen beherbergen zu lassen.

Der Magistrat wird aufgefordert, sog. Wohncontainer-Anlagen zur Unterbringung von Asylsuchenden weder zu errichten noch errichten zu lassen.

Der Magistrat wird aufgefordert, das Betreiben von Gemeinschaftsunterkünften zur Unterbringung von Asylsuchenden in der Gestalt sog. Wohncontainer-Anlagen weder durchzuführen noch zu genehmigen.

Ich bitte Sie, sich zu meinem Anliegen positiv zu verhalten.


(Thomas Aleschewsky)

Vorlage Nr. 101.17.1181

20. Dezember 2013
1 von 1

Unterbringung von Asylsuchenden in oder neben Industrie- und Gewerbegebieten

Antrag

zur Überweisung in den Eingabeausschuss

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich ausdrücklich gegen die Unterbringung von Asylsuchenden in Industrie- und Gewerbegebieten oder unmittelbar angrenzend an Industrie- und Gewerbegebieten aus.

Der Magistrat wird aufgefordert, Asylsuchende grundsätzlich nicht anzuweisen, sich in Gebäuden in oder neben Industrie- und Gewerbegebieten beherbergen zu lassen.

Der Magistrat wird aufgefordert, in oder neben Industrie- und Gewerbegebieten Gemeinschaftsunterkünfte zur Unterbringung von Asylsuchenden weder zu errichten noch errichten zu lassen.

Der Magistrat wird aufgefordert, das Betreiben von Gemeinschaftsunterkünften zur Unterbringung von Asylsuchenden in oder neben Industrie- und Gewerbegebieten weder durchzuführen noch zu genehmigen.

Begründung:

Berichterstatter/-in:



Thomas Aleschewsky
Wimmelstr. 1
34125 Kassel

Stadtvorordnetenversammlung
der Stadt Kassel
Rathaus
34112 Kassel

20.12.2013

Bürgereingabe nach § 20a GO der Stadtvorordnetenversammlung

Unterbringung von Asylsuchenden in oder neben Industrie- und Gewerbegebieten

Die Stadtvorordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtvorordnetenversammlung spricht sich ausdrücklich gegen die Unterbringung von Asylsuchenden in Industrie- und Gewerbegebieten oder unmittelbar angrenzend an Industrie- und Gewerbegebiete aus.

Der Magistrat wird aufgefordert, Asylsuchende grundsätzlich nicht anzuweisen, sich in Gebäuden in oder neben Industrie- und Gewerbegebieten beherbergen zu lassen.

Der Magistrat wird aufgefordert, in oder neben Industrie- und Gewerbegebieten Gemeinschaftsunterkünfte zur Unterbringung von Asylsuchenden weder zu errichten noch errichten zu lassen.

Der Magistrat wird aufgefordert, das Betreiben von Gemeinschaftsunterkünften zur Unterbringung von Asylsuchenden in oder neben Industrie- und Gewerbegebieten weder durchzuführen noch zu genehmigen.

Ich bitte Sie, sich zu meinem Anliegen positiv zu verhalten.


(Thomas Aleschewsky)

Vorlage Nr. 101.17.1182

27. Dezember 2013
1 von 2

Dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden

Antrag

zur Überweisung in den Eingabeausschuss

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich ausdrücklich für eine dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden, verteilt über das Stadtgebiet, aus.

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich ausdrücklich dafür aus, Asylsuchende generell in Wohnungen unterzubringen.

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich gegen die Schaffung weiterer großer Gemeinschaftsunterkünfte – mit mehr als 40 Asylsuchenden pro Standort – aus.

Der Magistrat wird aufgefordert, große Gemeinschaftsunterkünfte – mit mehr als 40 Asylsuchenden pro Standort – weder zu errichten noch errichten zu lassen.

Der Magistrat wird aufgefordert, das Betreiben von großen Gemeinschaftsunterkünften – mit mehr als 40 Asylsuchenden pro Standort – weder durchzuführen noch auszuschreiben und auch nicht zu genehmigen.

Der Magistrat wird aufgefordert, bestehende Verträge mit Dritten zum Betreiben von großen Gemeinschaftsunterkünften – mit mehr als 40 Asylsuchenden pro Standort – weder zu verlängern noch neu auszuschreiben.

Der Magistrat wird aufgefordert, Asylsuchende dezentral, verteilt über das Stadtgebiet, sowie generell in Wohnungen unterzubringen.

Begründung:

Berichterstatter/-in:

Vorlage Nr. 101.17.1182

Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Kassel
Rathaus
34112 Kassel



Thomas Aleschewsky
Stadtverordnetenversammlung
34112 Kassel

Eing. 30. DEZ. 2013

27.12.2013

06.01.
2014

Bürgereingabe nach § 20a GO der Stadtverordnetenversammlung

Dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich ausdrücklich für eine dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden, verteilt über das Stadtgebiet, aus.

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich ausdrücklich dafür aus, Asylsuchende generell in Wohnungen unterzubringen.

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich gegen die Schaffung weiterer großer Gemeinschaftsunterkünfte - mit mehr als 40 Asylsuchenden pro Standort - aus.

Der Magistrat wird aufgefordert, große Gemeinschaftsunterkünfte - mit mehr als 40 Asylsuchenden pro Standort - weder zu errichten noch errichten zu lassen.

Der Magistrat wird aufgefordert, das Betreiben von großen Gemeinschaftsunterkünften - mit mehr als 40 Asylsuchenden pro Standort - weder durchzuführen noch auszuschreiben und auch nicht zu genehmigen.

Der Magistrat wird aufgefordert, bestehende Verträge mit Dritten zum Betreiben von großen Gemeinschaftsunterkünften - mit mehr als 40 Asylsuchenden pro Standort - weder zu verlängern noch neu auszuschreiben.

Der Magistrat wird aufgefordert, Asylsuchende dezentral, verteilt über das Stadtgebiet, sowie generell in Wohnungen unterzubringen.

Ich bitte Sie, sich zu meinem Anliegen positiv zu verhalten.


(Thomas Aleschewsky)